

Amts- und Anzeigeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinformatige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gefaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

60. Jahrgang.

Nr. 182.

Freitag, den 8. August

1913.

Öffentliche Gemeinderatsitzung

Freitag, den 8. August 1913, abends 8 Uhr. Die Tagesordnung ist am Anschlagbrett im hiesigen Rathause zu sehen.

Schönheide, am 5. August 1913.

Der Gemeindevorstand.

Friede.

Bukarest, 7. August. Die „Agence Havas“ meldet: Der Friede ist mündlich geschlossen worden auf der Grundlage, daß Strumitsa an Bulgarien und Rawalla an Griechenland fällt. Der Vertrag soll heute vormittag 11 Uhr unterzeichnet werden. Die Unterzeichnung des Demobilisierungs-Abkommens wird ebenfalls heute erfolgen.

Gottlob, nun ist erschollen... so muß man angesichts dieser verheißungsvollen Nachricht vom Balkan mit Paul Gerhardt ausrufen. Dank der strengen Konsequenz König Karls von Rumänien ist nach einer Reihe mörderischer Kriege ein Ende gesetzt, die seit Anfang Oktober des vorigen Jahres die Welt in Atem hielt, weit mehr noch als durch die großen Waffentaten — die ja allmählich spärlich geworden waren — wie die aufregenden diplomatischen Begleiterscheinungen, die auch die Großmächte in Mitleidenschaft zu ziehen drohten. Der Janustempel stand ja schon viel länger offen, schon seit dem September 1911, als die Italiener nach Tripolis zogen und damit den verwerflichen Statusquo zuerst ins Wanken brachten. So reichte im Oktober 1912, als der Friede von Lausanne geschlossen wurde, ein gefährlicher Krieg eilend kommenden die Hand. Aber noch vor dem Tripoliskriege war die Tür des Janustempels nur angelehnt, nicht geschlossen gewesen. Schon die Marokkofrisse, die auf den historischen „Panthersprung“ nach Agadir folgte, hatte Gewitterspannung in die politische Atmosphäre gebracht.

Wir haben also fast volle zwei Jahre Krieg und Kriegsgeschrei hinter uns, und im Interesse von Handel und Industrie wäre dringend zu wünschen, daß nun endlich einmal ruhigere Zeiten einkehren, damit der Unternehmer wieder den Mut finden könnte, mit seinen Kalkulationen über den nächsten Tag hinauszuwenden und damit der Arbeiter endlich wieder ausreichende und lohnende Beschäftigung findet. Wie schwer die Kriegszeit vor allem auch auf dem Erzgebirge und speziell auf unserer heimischen Industrie gelastet, braucht wirklich nicht hervorgehoben zu werden, denn das pfeifen, wie man landläufig sagt, die Spahen von den Dächern. Einem zahlenmäßigen Beweis aber, wie auch besonders Eibenstock betroffen ist von dem durch den Kriegszustand herrschenden Niedergang in der Industrie, gibt unsere Statistik. Daran sind hier in den Monaten Juni und Juli allein 83 Abmeldungen mehr zu verzeichnen gewesen als Anmeldungen.

Der Krieg, der sich solange hinschleppte, hat uns reichlich Zeit gelassen, uns mit den Veränderungen auf der Landkarte und in der politischen Kräfteverteilung abzufinden, so daß wir heute seinen Retrolog kurz fassen können. Man hat in den Staatskanzleien schon längst das Fazit gezogen aus dem Verschwinden der Türkei als europäische Großmacht, und deshalb zielen die Mächte allen Ernstes dahin, Adrianopel den Bulgaren wieder zuzuschicken. Und es kann ja nun auch unbedenklich getan werden, da das, was man zunächst erwartete: Das Aufstreigen eines Balkanbundes unter slavischer Führung, in weite Fernen gerückt ist. Ja, es möchte fast als eine Pflicht des Dreibundes betrachtet werden, Bulgarien möglichst stark zu erhalten, damit das an Macht und Land durch die Balkankriege gewachsene Serbien unsern Bundesgenossen gegenüber nicht zu aufdringlich und nicht in letzter Linie zu stark werden kann, was für uns die Hilfe des Bundesgenossen problematischer erscheinen ließe als bisher.

Ob die Adrianopelfrage noch wirklich Verwicklungen mit sich bringen kann, steht glücklicherweise sehr dahin. Die Mächte werden schon ausreichenden Druck auf die Türkei ausüben und geeignete Vergleichsformeln zu finden wissen, damit die Türkei sich nicht in neue Abenteuer stürzt, die für sie mehr wie verhängnisvoll werden könnten. Die osmanische Regierung denkt vielleicht gegenwärtig selbst nicht mehr daran, aus ihrem letzten kriegerischen Vormarsch Adrianopel als Trophäe heimzuführen; denn sie wird ja ohne Zweifel auch ohne Adrianopel noch Vorteile aus dieser militärischen Aktion ziehen. Auch hat die Türkei wohl aus dem Grunde in Bezug auf Adrianopel so unentwegte Entschlossenheit vorgeschützt, weil sie damit rechnen, daß der Friedensschluß in Bukarest nicht so überraschend schnell erfolgen würde. In dieser Rechnung haben sich die Osmanen nun gründlich geirrt und die Mächte haben jetzt bedeutend freiere Hand in der Behandlung der Frage von Adrianopel.

Das alles läßt in uns die frohe Hoffnung aufkommen, daß wir nun endlich wieder geregelten Zeiten entgegengehen, weil mit der Lösung des glatteisgefährlichen Balkanproblems für einige Zeit wenigstens innereuropäische Gegensätze, die zu Katastrophen führen könnten, nicht zu erwarten sind. Und froh wird deshalb der Kaufmann, froh wird der Industrielle, der Geschäftsbetreibende und der Arbeiter sein, froh aber auch nicht an letzter Stelle der — Zeitungsschreiber, der sich bei den verflügten türkischen, bulgarischen, jerbischen und montenegrinischen Ortsnamen fast die Zunge abgebrochen hat.

Reich, Staat, Gemeinde.

Eine finanzpolitische Betrachtung von Richard Witting.

Einem Wunsch gemäß bringen wir heute und morgen einen scharf beleuchtenden Aufsatz des Herrn Geheimrat Richard Witting, den dieser in den Nr. 168 und 169 des Tag veröffentlicht. Es mag hier gleich erwähnt werden, daß Geheimrat Witting nach seiner politischen Grundrichtung liberal ist, was seine Ausführungen sicher in der Beziehung interessanter erscheinen läßt, als seine Auffassung sich hier ganz mit den rechtsstehenden Parteien deckt. Geheimrat Witting schreibt: Es war im Jahre 1879 als Forderung auf dem Bankett des Städtetages das deutsche Bürgertum gegen die Bismarcksche Steuer- und Zollpolitik „auf die Schanzen“ rief. Forderungen und Gedanken ist mir teuer; unter seiner Leitung habe ich die ersten taufenden Versuche in der Kommunalverwaltung gemacht und hege für ihn nur die herzlichsten Dankes. Aber seine Stellung gegen Bismarcks Finanzideen habe ich immer für einen schweren Fehler gehalten; die Geschichte ist über den grundsätzlichen Freihandel, über die liberale Macht-, Wehr- und Kolonialpolitik längst zur Tagesordnung übergegangen. Heute sind die Nicht-als-Freihändler zu zählen, und für Meer, Flotte und Kolonien gibt der Liberalismus mit vollen Händen. Jetzt ist dieser Liberalismus indessen wieder drauf und dran einen vielleicht noch verhängnisvolleren Fehler zu begehen als bereits 1879. Direkte Reichssteuern, Besitz-, Vermögens-, Einkommensteuern sind das Feldgeschrei geworden. Und da im modernen Deutschland die Hypothek ein wichtiger politischer Faktor wurde, so haben auch bei der Forderung direkter Reichssteuern sich alsbald die üblichen Formen der Massenpsychose und -hypnose gezeigt.

Es ist seltsam — der deutsche Liberalismus ist hartnäckig auf der falschen Seite; er bekämpft oft nur par débit, aus Unmut gegen andere Parteien, nützliche Dinge, die er dann hinterher nicht nur duldet, sondern pflügt. Niemand wird sich wundern, wenn der Liberalismus für die Freiheit des Individuums, für die Trennung von Kirche und Staat, für Reform des Wahlrechts, für parlamentarische Herrschaft eintritt. Was aber der Liberalismus an sich mit Freihandel und Schutzoll, mit direkten oder indirekten Steuern zu tun hat, das versteht, wer kann. Eine Steuer ist weder liberal noch konservativ; die demokratischen Republiken Frankreich und Amerika haben dementsprechend so gut wie gar keine direkten Steuern.

Das Deutsche Reich läßt, wenn man die Reichslande und die Kolonien beiseite läßt, keine territoriale Hoheit aus; man muß im heutigen Deutschland diese Ab-Weisheit immer wiederholen. Das staatliche Gemeinwesen an Kulturgütern bietet, das wird dem Deutschen im wesentlichen durch den Einzelstaat übermitteln. Wohlfahrt im allerweitesten Sinne, Unterricht, Verkehr regelt der Staat. Der Liberalismus, der sich ja mit Zug und Recht als den besonderen Förderer der Kulturgüter betrachtet, müßte mit eiserndem Nachdruck darauf bedacht sein, die Finanzkraft dieses einzelnen Bundesstaates zu schonen und zu pflegen. Wer für Schule und Unterricht, wer für Kunst, Wissenschaft und allgemeine Wohlfahrt immer größere Leistungen fordert, der sollte mit flammendem Schwerte vor der Steuerkraft des Einzelstaates stehen. Unter dem Staat haben sich dann weitere gemeinschaftliche Formen gebildet: Provinz, Kreis, Gemeinde, wozu noch die landeskirchlichen Organe treten. Und in allen diesen Gebilden werden, in Preußen wenigstens, die Lasten beinahe

ausschließlich von den Besitzenden aufgebracht. Schule und Kirche, Armenlast und Begehau, Kunst und Hochschule, Beamtenbesoldung und jeglicher Komfort des öffentlichen Lebens — er wird von den Besitzenden bezahlt. Es ist eine dreifache Unwahrheit, wenn lärmende Romdys behaupten, das arbeitende Volk* bezahle die Beamten, und von ihrem Geld und ihren Arbeitergroßen nähre sich der staatliche Funktionär. Das Gegenteil ist wahr; häufig genug trägt der Beamte durch seine Steuern zu den Lasten für Staat und Gemeinde und zu den sozialen Leistungen ein erhebliches bei. In keinem Lande der Erde hat der Besitzlose so wenig steuerliche Lasten wie bei uns; in keinem auch nur annähernd gleiche politische Rechte. Das Reich hat den Schutz gegen äußere Feinde zu tragen, und an diesen Lasten nimmt, durch Zölle und Verbrauchsabgaben, auch der Unbemittelte teil. Auch hier trägt er nicht annähernd so viel wie anderwärts; der französische Proletarier bezahlt 46 Mk. jährlich an indirekten Steuern, der Deutsche 18 Mk. Was er an Zöllen für notwendige Lebensmittel, Brot und Fleisch bezahlt, das wird ihm dreifach und mehr ersetzt durch die Leistungen an Wohlfahrt, die er von der Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat, ausschließlich aus den Taschen der Besitzenden genießt. Hierzu kommen die mehr als zehn Milliarden Mark, die von 1885 bis jetzt an die arbeitende Bevölkerung aus Versicherungsbeiträgen bezahlt sind. Die Last der direkten Steuern ist denn auch in Preußen bereits eine gefährliche Sache; siebzig Prozent der gesamten direkten Steuern werden bei uns von fünf Prozent der Bevölkerung getragen, und wenn man an die enormen Kommunalsteuern denkt, die gerade in den ärmeren Gegenden unseres Vaterlandes den Bürger belasten, so kommt man zu horrenden Zahlen. Es ist nichts seltenes, daß der mit Grundbesitz gesegnete über 30 Prozent, zuweilen bis 40 Prozent seines Einkommens in direkten Steuern an Staat, Gemeinde und Kirche bezahlt.

Ebenso ungeheuerlich sind die Industriellen, namentlich im Westen, belastet. Ist es angesichts dieser Zustände eine Uebertreibung, wenn man von einem Abgrund spricht, dem wir zutreiben?

Es war bei dieser durch keine Redekunst zu erschütternden Sachlage geradezu ein Verhängnis, daß in den Finanznöten des Reichs mit unbedrückter Miene immer wieder auf die direkten Steuern hingewiesen wurde, und das vorzugsweise von Männern, die weder im Staate noch in der Provinz leitend und unter eigener Verantwortung tätig waren. Wir haben durch unsere eigenartige historische Entwicklung diese schwere Komplikation in unserer staatlichen Einrichtung; das Gebilde des Reichs besteht im Grunde nur in der Idee, und es muß daher naturgemäß auf seine Finanzquellen an anderen Stellen schürfen als der territoriale Staat und die Gemeinde. Es ist hierbei nichts weniger als erfreulich, wenn die Abgeordneten die Befehle machen und die Regierung kibitz, denn das stellt wirklich nur die Verantwortlichkeiten auf den Kopf. Und es wäre nur natürlich und zweckmäßig, wenn die Herren Erzberger, Wassermann und Müller-Reinigen die Reichsfinanzen fortan unter eigener Verantwortlichkeit führten und aus der Misere herauszukommen sich selbst bemühten. In der Exekutive und im Bundesrat würden sie sehr bald gewahr werden, daß es neben den Interessen des Reichs auch solche der Bundesstaaten und der Gemeinden zu wahren gilt. Tatsächlich brauchen die Einzelstaaten und die Gemeinden jeden Pfennig aus den direkten Steuern für ihre eigenen Bedürfnisse, und daß diese Bedürfnisse nicht kleiner, sondern einflussreicher immer größer werden, darüber braucht man wohl kein Wort zu verlieren. Fängt erst das nimmerfeste Reich an, ebenfalls zuzugreifen, dann gibt es nur noch zwei Alternativen: entweder die Besitzenden werden allmählich steuerlich ausgepowert, oder man muß mit den direkten Steuern in Staat und Gemeinde auf die Unbemittelten übergreifen, was ein Meer von Unzufriedenheit verursachen und nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen würde.

Bismarck hat 1884 im Reichstag eine niedliche Geschichte erzählt, wie ein liebenswürdiger, aber konspirierender Vole ihm einmal gesagt habe: „Schaffen Sie nur direkte Steuern für die große Masse der Bevölkerung; für das übrige, die Unzufriedenheit, die Revolution, werden wir schon sorgen.“ Das ist ungemein wahr, und deshalb muß jeder Zoll breit auf dem Gebiet der direkten Steuern mit Hartnäckigkeit verteidigt werden, und wiederholt betone ich, daß mir der bundesstaatliche, insbesondere der preussische Finanzminister unsäglich bleibt, der sich auch nur einen Pfennig direkter Steuern zum Nachteil seiner Einnahmen extorquieren (auspressen) läßt. Miquel und Rheinbaben hätten das nie geduldet, und es bleibt bedauerlich, daß der ehemalige Oberbürgermeister, der jetzt Preußens Finanzen zu betreiben hat, diese abschüssige